



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Sexuelle Belästigung ist nicht zu tolerieren - Geschlechtergerechte Sensibilisierung als Gesellschaftsauftrag

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt sexuelle Belästigung und erkennt an, dass die noch immer ungenügende gesellschaftliche Sensibilisierung eine elementare Ursache dafür darstellt.
2. Der Landtag von Sachsen-Anhalt setzt sich für die Gleichberechtigung aller Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen ein und verstetigt seine Bemühungen zur Gleichberechtigung.
3. Der Landtag von Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, differenziert darzustellen, wie derzeit eine geschlechtergerechte Sensibilisierung in Sachsen-Anhalt stattfindet, um sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt vorzubeugen. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a) frühkindliche Bildungsangebote,
 - b) geschlechtergerechte Kinder- und Jugendarbeit,
 - c) Sensibilisierung im Rahmen der schulischen Bildung,
 - d) Schulungsangebote für Führungskräfte in den Landesbehörden.
4. Der Landtag von Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, in den Ausschüssen für Recht, Verfassung und Gleichstellung, für Bildung und Kultur und für Arbeit, Soziales und Integration zu den Maßnahmen im Sinne des Punktes 3 im I. Quartal 2018 Bericht zu erstatten.

(Ausgegeben am 15.11.2017)

Begründung

Die Debatte um den Hashtag #MeToo hat offenbart, dass Diskriminierungen und sexualisierte Gewalt häufig im öffentlichen Raum und im beruflichen Umfeld stattfinden. Abhängigkeitsverhältnisse jeder Art führen insbesondere zu solchen sexuellen Belästigungen, sind aber bei weitem nicht die alleinige Ursache.

Die Problematik reicht tiefer und gründet sich nach Aussagen von Wissenschaftler*innen auf ein gesellschaftlich verinnerlichtes Denkmodell, das bereits im Kindesalter angelegt wird.

Aus diesem Grund sind eine geschlechtergerechte Kinder- und Jugendarbeit sowie frühkindliche Bildung wichtige Instrumente für eine frühe Sensibilisierung. Diese aktiv zu fördern ist ein Gesellschaftsauftrag.

Von sexualisierter Gewalt sind Frauen und Mädchen in allen Lebensphasen weitaus öfter betroffen als Männer und Jungen. Dabei - so stellt der zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung vom Juni dieses Jahres fest - sind ungleiche Geschlechterverhältnisse und strukturelle Diskriminierung von Frauen die zentralen gesellschaftlichen Faktoren, die Gewalt gegen Frauen durch Männer befördern.

Diese strukturelle Gewalt ist einer der entscheidenden sozialen Mechanismen, die Frauen in eine untergeordnete Position gegenüber Männern zwingt. Darüber hinaus ist die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter ein wesentliches Element der Prävention.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender